

Schul-Aktionstag mit düsteren Untertönen

Die Privaten kritisieren Pläne des Freistaats — Fünf Einrichtungen präsentierten sich vor der Lorenzkirche

VON C. STAUBER



*Schulchöre, Bigbands, Mitmach-Stationen und Infostände versammelten fünf Nürnberger Privatschulen vor der Lorenzkirche, um über ihre Arbeit zu informieren. Allen macht ein neues Schulgesetz große Sorgen.
Foto: Michael Matejka*

Fünf Nürnberger Privatschulen feierten einen fröhlichen Aktionstag vor der Lorenzkirche. Doch den Betreibern liegt ein neues Gesetz im Magen, das schon ab August gelten soll.

Private Schulen sollen das Schulwesen „vervollständigen und bereichern“. So steht es im Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG). Doch in der Adolf-Reichwein-Schule, der Jenaplan-, der Montessori-, der Rudolf-Steiner- und in der Wilhelm-Löhe-Schule wachsen derzeit Zweifel, ob das wirklich ernst gemeint ist.

Was soll sich ändern? Verbeamtete Lehrer dürfen nicht mehr an Privatschulen unterrichten, wenn die Gesetzesänderung durchkommt. In Nürnberg trifft das zum Beispiel die Montessori-Schule hart. Hier kommen 50 Prozent aller Pädagogen vom Staat.

Bayern zwingt die Privaten damit auf den leergefegten freien Markt, klagt Montessori-Schulleiterin Erika Werthner. Ihre Schule hat sich mit vier anderen vor drei Jahren zur „Gemeinschaft Freie Schulen Nürnberg“ zusammengeschlossen.

Neu ist auch, dass die bewilligten Lehrerstunden nach dem Bedarf des Vorjahres berechnet werden sollen. Schulen im Aufbau — und das sind private überdurchschnittlich oft — würden damit schlechter behandelt als staatliche und bekämen spürbar weniger Fördermittel.

Damit lege man den freien Schulen dicke Knüppel in den Weg, kommentiert Gerhard Helgert,

Vorstandsmitglied des Jenaplan- und des Reichwein-Schulvereins, diese Pläne. Seiner Kritik schließen sich auch Privatschulen in der Region an, von denen manche bis zu 80000 Euro im Jahr weniger Zuschüsse befürchten, weil neue Klassen ein Jahr lang nicht gefördert werden.

Grund- und Hauptschulen waren bislang eine rechtliche Einheit. Auch das soll aufgebrochen werden, mit der Konsequenz, dass jahrgangsübergreifender Unterricht von der vierten bis zur sechsten Klasse nicht mehr möglich ist. Damit greife der Staat in pädagogische Konzepte ein, die er vorher als „bereichernd“ selbst genehmigt hat, heißt es beim Aktionstag.

Während also auf der einen Seite die Daumenschrauben angesetzt werden, rennen die Eltern den Privatschulen nach wie vor die Türen ein. Fast alle müssen mehr als die Hälfte der Interessenten ablehnen. Bei der evangelischen Wilhelm-Löhe-Schule, die für 2011 eine neue Grund- und Hauptschule plant, an der auch islamische Religion unterrichtet wird (wir berichteten), bekommen sogar zwei Drittel aller Bewerber eine Absage.

Hansjörg Hofrichter von der Waldorf-Stiftung der Steiner-Schule vergleicht das Bildungssystem mit einer gestrandeten Dampflokomotive, bei der man an den Ventilen herumschraubt, statt sie auf ein neues Gleis zu setzen. Er plädiert für einen Bildungsgutschein für jedes Kind, den die Eltern bei privaten oder öffentlichen Schulen einlösen könnten.

Den Run auf die Privaten würde das zweifellos verstärken. Gerade wenn die Staatsschulen die Kinder in die drei Schularten einsortieren und der Notendruck ab der dritten Klasse enorm wird, klopfen viele verzweifelte Eltern an, berichtet Hansjörg Hofrichter von der Steiner-Schule.

Bei den Privaten dagegen gelte der Grundsatz „Das Kind zählt, nicht der Lehrplan“, sagt Gerhard Helgert für die Nürnberger Privatschulen, die am Lorenzer Platz mit Big-Bands, Mitmach-Stationen und Infoständen präsent waren. Helgert weiter: „Unsere Eltern zahlen doppelt. Sie finanzieren mit ihren Steuern das staatliche Schulsystem — und das Schulgeld aus der eigenen Tasche.“